

Centre Bagatelle 2
Wohllwollend alleingelassen

Klima statt Fluglärm 3
Konzepte fürs Danach?

Bürgerbeteiligung am Laternenmast Oder wie Herr Balzer (CDU) ein ungeliebtes Gesetz auslegt

Die Bernstorffstraße in Tegel wird in den nächsten Monaten erneuert. Das ist sicherlich gut für die Anlieger und Nutzer. Nach dem seit März 2006 gültigen Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) müssen sich Grundstückseigentümer - in 15 Bundesländern ist das so - an den Baukosten beteiligen.

Wer bezahlen soll, muss mitreden und mitentscheiden dürfen. Deshalb verlangt §3 Absatz 3 des StrABG - das ist nur in Berlin so - eine rechtzeitige Information und Anhörung der Betroffenen zur Ausbaumaßnahme, zu den voraussichtlich anfallenden Beiträgen mit Benennung der kostengünstigen Alternativausbauten sowie ausdrücklich die Zustimmung der BVV vor der Entscheidung.

Baustadtrat Balzer mag das Gesetz nicht, muss es aber anwenden. Er findet eine groteske Variante der Bürgerbeteiligung. Er lässt am 8. März in der Bernstorffstraße Handzettel an Haustüren, BSR-Abfallbehältern, Bäumen (!) und Lichtkästen ankleben, als ob die Anwohner keine Briefkästen hätten. Wer es liest, erfährt, dass dort von Mai bis Dezember gebaut werden soll, dass man bis 30. März in der Teichstraße die Planung besichtigen kann; und dass zur Kostensituation nach dem StrABG Herr Müller, Tel. soundso, Auskunft gibt.

Yusuf Dogan, Tegeler Bürger und Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS, machte in der März-BVV in der Einwohnerfragestunde auf die offenkundigen Widersprüche zwischen dem Gesetz und der Anwendungspraxis in Reinickendorf aufmerksam. Herr Balzer verteidigte das Vorgehen: das Bezirksamt habe auf Grund unklarer Übergangsvorschriften den Festlegungen des Gesetzes über die Bürgerbeteiligung nicht voll nachkommen können.

In der BVV anwesende Betroffene konnten ungläubig nur mit dem Kopf schütteln: Im Zweifelsfall also gegen die Bürger?! Die Frage drängt sich auf: Wer zockt hier eigentlich ab?

Und: Warum akzeptiert die BVV, dass ihre Rechte so ausgehebelt werden?

Klaus Gloede



Ja zur neuen Partei DIE LINKE.

Die Dortmunder Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG haben im März den Verschmelzungsvertrag zwischen beiden Parteien gebilligt. In einer Urabstimmung hat nun die Mitgliedschaft bis zum 18. Mai 2007 das letzte Wort.

Der Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf hat die Ergebnisse von Dortmund begrüßt und die Mitglieder aufgerufen, sich aktiv an der Urabstimmung zu beteiligen.

„Wir haben es jetzt in der Hand, dass der demokratische Sozialismus im 21. Jahrhundert ankommt, dass eine bundesweit wirksame linke Partei in Deutschland entsteht, die Teil der Europäischen Linken ist und linke Bewegungen weltweit unterstützt.“
Lothar Bisky

Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE.

Öffentliche Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Reinickendorf mit Annegret Gabelin (stv. Landesvors.) am **Freitag, 20. April, 17 Uhr** im Roten Laden

Jetzt oder nie!

Centre Bagatelle vor „Ritt über den Bodensee“?

Die Vorgeschichte ist bekannt: Der Bezirk sah sich 2005 nicht mehr in der Lage, das von den Franzosen 1993 übergebene Kulturzentrum in Frohnau zu finanzieren. Zur Rettung des CB als Kulturstätte bildete sich im Oktober 2005 der Verein „Kulturhaus Centre Bagatelle“. Dem Verein mit seinen inzwischen 560 Mitgliedern gelang es, den Verkauf des Hauses an den Meistbietenden hinauszuzögern. Im Oktober 2006 wurde ihm ein Vorkaufsrecht eingeräumt, das bis zum 30.6.2007 gilt. Der Verein muss für den Erwerb der Immobilie 935 000 Euro aufbringen, hatte bis Ende März 223 000 Euro Spendenmittel gesammelt und Kreditzusagen der Bank in Höhe von 700 000 Euro erhalten. Bis zum 10. April muss er verbindlich seine Absicht erklären, die Villa in der Zeltinger Straße zu kaufen, sonst wird sie vermutlich etwa fünf Prozent teurer.

Im Kulturausschuss der BVV stellten Frau Schwanke und Frau Haußner vom Vereinsvorstand am 29.3. die Finanzpläne für den Erwerb und Betrieb des CB vor und zeigten sich optimistisch, die noch fehlenden Mittel zusammenzubringen. Kulturstadträtin Schultze-Berndt (CDU) bestätigte - wie zuvor in der BVV - die „wohlwollende“ Begleitung des Bezirksamtes. Darlegungen von Vertretern des Bezirksamtes über die notwendigen politisch-rechtlichen Verfahrensschritte durch BA und BVV, Informationen über weitere anfallende kalkulatorische Kosten, über die Nutzung des Inventars und die irritierte Reaktion der Vorstandsmitglieder darauf hinterließen jedoch den Eindruck, dass der Verein mit vielen seiner Fragen vom BA allein gelassen worden ist. „Hier fehlen doch einfachste Beratungen durch das Bezirksamt“, ließ die SPD-Bezirksverordnete Karin Hiller-Ewers ihren Gefühlen freien Lauf. Was hat das Bezirksamt all die Monate gemacht? **FW.**

BVV-Splitter

6. Sitzung, 14.03.2007

Einwohnerfragen: Das Bezirksamt (BA) beantwortete Fragen: Ob der Bezirk Reinickendorf als einziger in Berlin am Christopher-Street-Day erneut **keine Regenbogenfahne** hissen werde (*Wanjura: Ja, Beflaggung sei überflüssig, denn Grundgesetz garantiere Gleichbehandlung aller Bürger*); zum Unmut der Anwohner am Edelhofdamm in Frohnau über fehlende Informationen beim **Bau eines Regenwasserversickerungsbeckens**, verbunden mit der Fällung von 53 Bäumen (*Balzer: zuständig waren Senatsverwaltung und Wasserbetriebe, Bezirk nur Baulastträger, verfüge nicht über Fachpersonal*); zur Mißachtung gesetzlich vorgeschriebener Bürgerbeteiligung bei den bevorstehenden Baumaßnahmen in der Bernauer Straße, Bernstorffstraße oder Burgfrauenstraße durch das BA (S. 1).

Große Anfragen (GA): In ihrer Antwort auf die Frage von B90/Grüne **„Wie weiter mit dem Centre Bagatelle?“** (Drs.-Nr.: 0083/XVIII) wiederholte Kulturstadträtin Schultze-Berndt (CDU) die bereits seit längerem diskutierten Varianten zum Schicksal der Frohnauer Kulturstätte: Verkauf über den Liegenschaftsfonds an den Verein „Kulturhaus Centre Bagatelle“, Gründung einer Stiftung oder Weiterbetrieb mit Mitteln des Bezirkshaushaltes. In der kontroversen Diskussion drängte B90-Fraktionsvorsitzende Petters auf schnelle Entscheidungen, denn die Zeit laufe ab. SPD-Fraktionsvorsitzender Braun forderte, die CDU solle der Verantwortung für den Erhalt des CB, um die sie „so gebettelt“ habe, nach 120 Tagen im Amt endlich gerecht werden. **K.G.**

Bürgerfern

Wer im Internet etwas über die **aktuelle** Politik der Bezirksamtsparteien CDU und SPD in der BVV sucht, erfährt...nichts. Die Reinickendorf-Partei hätte danach seit April 2006 nichts mehr beantragt, empfohlen, ersucht. (*Politischer Streik oder einfach keinen Webmaster zur Hand?*) Die SPD-Fraktion überarbeitet und überarbeitet und überarbeitet. Informationshungrige müssen da eben mit unseren **BVV-Splittern** und **Augenscheinlichkeiten**, ausführlich auch auf unserer homepage zu finden, vorliebnehmen. Was uns recht ist. **K.G.**

Augenscheinlichkeiten

Wie weiter in der Cité Foch?

Von Vera Seidel

Große Anfrage zur Zukunft und Sicherheit in der Cité Foch in der März-BVV. Doch so richtiges Interesse konnte man als Beobachter nicht registrieren. Einige Verordnete verschwanden, offenbar um zu Abend zu essen oder wichtige Absprachen zu treffen. Bürgermeisterin Wanjura (CDU) war hinter hohen Aktenbergen kaum zu sehen. Baustadtrat Balzer (CDU) verbreitete allgemeine Ratlosigkeit. 20 Prozent der Wohnungen der abgezogenen französischen „Beschützer“ stehen leer und auch sonst herrscht tote Hose. Da zieht - wie mancher es auszudrücken beliebt - allerlei Grobzeug hin.

Aber was tun? Nach der Wende wurden die großen Wohnungen für die „Bonner“ freigehalten. Normalsterbliche durften dort nicht rein. Doch die Regierungsbeamten zeigten kein Interesse: Es gab Attraktiveres. Und jetzt wollen auch andere hier nicht mehr her, denn der Franzosen-Kiez droht umzukippen.

Von einem neuen Investor erwartet das Bezirksamt, dass er wieder Leben in die Bude bringt, sprich vor allem das Einkaufszentrum wieder belebt. Doch das Ganze wird ein teurer Spaß, denn das Viertel unterlag beim Bau nicht der deutschen Gesetzgebung und deshalb muss jetzt beispielsweise der gesamte Untergrund nach deutschen Maßstäben umgebaut werden. Das kann lange dauern!

Den Bewohnern ist mit dererlei Zukunftsmusik wenig geholfen. Ein Schlaglicht auf die Situation wirft ein Brief der Filiale der dortigen Grundschule an die Eltern, sie mögen doch ihre Kinder zur Schule bringen und abholen - aus Sicherheitsgründen.

Der CDU-Verordnete Goebel hat die Lösung natürlich gleich bei der Hand: Statt solche Briefe zu verschicken, sollten sich doch bitte schön die Lehrer morgens und nach der Schule an neuralgische Punkte stellen und so für Sicherheit sorgen.

So einfach ist das in der Politik, denn die Lehrer haben ja sonst nichts zu tun. Bei einem solchen sachdienlichen Vorschlag schaute nicht einmal Frau Wanjura hoch.

Nächste BVV-Sitzung:
18. April 2007,
17.00 Uhr
Rathaus
Reinickendorf

Prima Klima statt Fluglärm

Auch Reinickendorf kann einen Beitrag leisten

Die jüngsten Berichte lassen keinen Zweifel mehr zu. Der Klimawandel ist bereits eingetreten, die ersten Auswirkungen sind längst weltweit spürbar: Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen, veränderte Geothermik. Der Mensch als Hauptverursacher ist ausgemacht, das Verbrennen fossiler Brennstoffe verändert die Atmosphäre.

Der Planet kommt mit dem Klimawandel klar, die Zivilisation nicht ohne weiteres. (Stefan Rahmstorf, Institut für Klimaforschung Potsdam)

Hauptleidtragende sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die heute schon die Klimasünden der sogenannten westlichen Welt zu tragen haben. Noch setzen diese Staaten, allen voran die USA und die EU, bei der Bekämpfung des Klimawandels auf die Mechanismen des Marktes. Die fatalen Folgen werden offenbar „in Kauf genommen“

Die Linke sagt: Die jetzige Wirtschaftsordnung führt zwangsläufig zur Klimakatastrophe. Ohne eine Zähmung des Kapitalismus werden wir das Klima nicht retten können... Es gibt keinen Ökokapitalismus. (Oskar Lafontaine)

Der nicht als links im Verdacht stehende britische Wissenschaftler Nicholas Stern hat vorgerechnet, dass unverzüglich eingeleiteter Klimaschutz die Weltwirtschaft weit billiger kommt als die nachholende Schadensbekämpfung.

Umdenken ist notwendig und findet vereinzelt auch statt. So gibt es Anzeichen in der EU-Politik, dass auch der Flugverkehr in den Emis-

sionshandel eingezogen werden soll. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, denn Fliegen ist die Fortbewegungsart, die die Atmosphäre am meisten schädigt - indirekt aber mit ca. 5 Milliarden Euro jährlich subventioniert wird. Als Umweltministerin fand Angela Merkel 1995, Fliegen hätte katastrophale Umweltfolgen und sei viel zu billig.

Eine schnelle Novellierung des Energieeinspargesetzes, die Ausweitung der Gebäudesanierung zur Senkung des Wärmebedarfs oder die Besteuerung des Flugverkehrs zur Reduzierung des Aufkommens sind richtige Maßnahmen, den Klimawandel zu verlangsamen. (Katrin Lompscher, Berliner Umweltsenatorin)

Auch das Lobbyistentheater um die Schließungen der Flughäfen Tempelhof und Tegel behindert die eigentliche Aufgabenstellung. Die Nachnutzungskonzepte für beide Flughäfen sollten längst auf der politischen Agenda stehen. Beide Areale sind für das innerstädtische Klima von großer Bedeutung. Eine Bürgerinitiative in Tempelhof-Schöneberg hat sich inzwischen gegründet.

In einer Presseerklärung vom 14. März hofft auch die Reinickendorfer „Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz“ auf einen rechtzeitig vom Senat initiierten internationalen Ideenwettbewerb für ein „sinnvolles Nachnutzungskonzept“ für Tegel. Die Linkspartei.PDS schlägt nochmals vor, die Reinickendorfer Bürger zeitnah und direkt einzubeziehen.

J. Schimrock

Das Märchen vom Atomstrom ohne CO₂

In der aktuellen Klimaschutz-Diskussion meint auch die CDU, wieder ihre alte Forderung vom Ausstieg aus dem Atomausstieg anbringen zu müssen. Auch die Junge Union Reinickendorf äußert sich dazu und erzählte wieder einmal das Märchen vom CO₂-freien Atomstrom. Wie es im Leben nun einmal ist, wird eine Behauptung auch durch ständige Wiederholung nicht wahrer.

Die JU meint zu wissen, der Strom käme nicht aus der Steckdose. Aber ebenso richtig ist, dass die Stromproduktion nicht im Kraftwerk beginnt, sondern mit der Gewinnung des Rohstoffes für die Stromgewinnung. Für den Abbau des Uranerzes und zur Anreicherung des spaltbaren Isotops benötigt man auch Energie. Durch die immer kleiner werdenden Uranvorkommen wird auch immer mehr Energie für deren Förderung benötigt. In einer Studie im Auftrag der Australischen Regierung wurde eine durchschnittliche Belastung des Atomstroms von 65g CO₂/kWh ermittelt. Diese Werte werden mit den sinkenden Uranvorkommen drastisch steigen.

Deutschland könnte mit seinem Ausstieg aus der Atomkraft ein wichtiges Vorbild sein. In Europa, aber auch in der Welt generell. Daher müssen wir die uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel dazu nutzen, die Forschung nach Energiealternativen zu fördern. Dies würde nebenbei auch Arbeitsplätze schaffen.

Robert Irmischer

Mehr Infos unter:

www.flughafen-nutzung.de

und

www.bi-gegen-das-luftkreuz.de

Straßenbahn auf dem Wilhelmsruher Damm?

Nun ist es raus! Wenn demnächst die Friedrich-Engels-Straße in Rosenthal endlich ausgebaut wird, bleibt die Straßenbahn (M1) dort erhalten.

Ein von Senat und BVG in Auftrag gegebenes Gutachten ermittelte ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis für die bisherige Strecke. Der Umbau der erst vor ein paar Jahren für Niederflurbahnen ertüchtigten Strecke soll 6,8 Mio. Euro kosten. Auch eine Verlängerung der M1 bis zum U- und S-Bahnhof Wittenau würde sich „rechnen“, wäre aber für die Wirtschaftlichkeit der Sanierung in Rosenthal nicht notwendig.

Grüne und DIE LINKE aus Pankow und Reinickendorf fordern schon lange eine Verlängerung durchs Märkische Viertel. Jüngst beschäftigte sich der Verkehrsausschuß der Reinickendorfer BVV mit einem Antrag der Grünen, dass sich auch das Bezirksamt für die Verlängerung einsetzen möge. Da von der BVG kein Vertreter anwesend war, wurde der Antrag vertagt. Aber die Fronten zeichnen sich ab: SPD und FDP hätten lieber eine Verlängerung der U-Bahn, außerdem macht man sich Sorgen über die Busse, von denen dann weniger gebraucht würden - zu wenige?!

Von den sieben Buslinien des MV wären zwei ganz und zwei teilweise durch die Tram zu ersetzen. Von der verlängerten Straßenbahn würden alle profitieren, Pankower und Reinickendorfer.



Die Verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Jutta Matuschek, befürwortet die Verlängerung und fordert vom Senat eine zügige Planung und Realisierung.

Lutz Dühr

Fotomontage: Peter Boes

Wer war Wolodja?

Von WERNER WÜSTE

Im Heimatmuseum sein Arbeitszimmer: als würde er gleich hereinkommen und sich an die Schreibmaschine setzen: Erinnerung an Wladimir Lindenberg.

Als der große Krieg der weißen Männer 1945 an seinen Ursprung zurück gekehrt und in seiner eigenen Höhle verreckt war, fanden sich überall im Land Menschen, die, ohne Aufforderung, ohne viel Worte begannen, Leben wieder möglich zu machen. Sie taten, was „die Not wendete“. Einer dieser Männer war er.

Sieben autobiographische Bücher, insgesamt knapp 2000 Seiten, schrieb er über sich und seine Erlebnisse, alle in der dritten Person: „Bobik in der Fremde“, „Bobik begegnet der Welt“, später tauchte Wolodja im Titel auf. (In der Familie, sehr alter russischer Adel, der Zarenfamilie nahe, wurde er so gerufen.)

Nach der Oktoberrevolution, emigrierte er mit Schwester Vera und dem Stiefvater nach Deutschland; er sollte Deutscher werden, wusste aber bald, er würde es nicht können, sollte Ingenieur werden und widersprach nicht. In seinem Innern aber stand das Berufsziel längst fest: Arzt. Da war er Siebzehn.

Die Familie lebte in Remscheid. Hier lernte er den jungen Richard Sorge kennen, der von ihm unbedingt im Russischen unterrichtet werden wollte. Folgerichtig findet sich in seiner Bibliothek ein Buch über den sowjetischen Kundschafter. Auch mit dem Arzt und Dramatiker Friedrich Wolf (u.a. „Zyankali“, „Professor Mamlock“) kam er in Be-

rührung. Dessen Kindern sollte er russische Lieder singen. Im Berlin der Zwanziger traf er unter anderen Alexej Tolstoi und Ilja Ehrenburg; auch Prinzessin Viktoria zu Schaumburg-Lippe, Schwester von Kaiser Wilhelm II.

„Helfend dienen“

Er war tief überzeugter Christ, vielseitig interessiert, vielseitig begabt. Er schrieb, malte, stickte Wandbehänge. In seinem zweiten Buch, das 1926 thematisch mit dem Staatsexamen endet, formulierte er sein Credo, „den leidenden Menschen jenseits aller Grenzen von Rasse, Partei, Religion und gesellschaftlichem Rang zu dienen, helfend zu dienen“.

Dann kamen die Nazis. Wolodja machte aus seiner Antinazihaltung kein Hehl. Er wurde denunziert und verurteilt: Vier Jahre Haft, von denen er etwa drei und ein halbes im Börgermoor verbrachte. Im Herbst 1941 wurde er tatsächlich entlassen. Vielen seiner Gefährten widerfuhr anderes.

1943 ausgebombt, lebte er fortan in einem Behelfsheim in Schulzendorf. Hier verbrachte er schließlich seine letzten Lebensjahre, querschnittgelähmt, im Rollstuhl, immer noch praktizierend, „Vater der Hirnverletzten“; Patienten klopfen ans Fenster und erhielten den Hausschlüssel, für seine Katzen war eines der Fenster immer nur angelehnt. Er starb knapp 95jährig.

Solche wie ihn nannte man später achtungsvoll „Aktivisten der ersten Stunde“. „Noch einmal davon gekommen“, wirkten sie mit an den Grundlagen für eine beispiellos lange Periode des Friedens in Europa (wenn man den Begriff für die Abwesenheit von Krieg gelten lassen will).

Am Rande Siegen lernen

Wo haben wir das bloß schon mal gehört? Die Zeitschrift der CDU Frohnau berichtet in ihrer März-Ausgabe stolz, CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger habe als Ehrengast beim Neujahrsempfang der CDU Frohnau und Hermsdorf die Gastgeber „außerordentlich gelobt“ und gesagt, „von Reinickendorf lernen hieße siegen lernen“.

Ach ja, das hörten wir in der DDR. Da bezog sich der Spruch vom Siegenlernen auf die Sowjetunion, bis dort Glasnost erfunden wurde, was so etwa „Transparenz“ heißen sollte. Da wurde er aus dem Sprachgebrauch gestrichen. Die Reinickendorfer CDU wird natürlich derartige Erfindungen nicht machen – sie vertritt bereits die beste aller Demokratien, in der der Bürger bei den Wahlen seine Stimme abgibt und dann zu schweigen hat.

Die eigentlich spannende Frage ist, was von Reinickendorf zu lernen wäre. Darüber steht nichts in dem Bericht. Drei Gründe sind denkbar. Entweder hat Pflüger nichts dazu gesagt; oder der Autor bzw. die Autorin hat es nicht verstanden; oder die Einzelheiten sind nichts für den Plebs. Wir können nur raten. Gehen wir davon aus, dass die CDU bei den letzten Wahlen im Wahlkreis Frohnau/Hermsdorf das beste ihrer Berliner Ergebnisse einfuhr, dann bleibt fürs Nachmachen nur diese Schlussfolgerung: Ganz Berlin ist in eine Region zu verwandeln, in der die Bürger gute Einkommen haben und in Eigenheimen im Grünen wohnen.

Lediglich eine Frage ist noch nicht gelöst: Wohin werden diejenigen ausquartiert, die zum Erwirtschaften der guten Einkommen oder als Arbeitsreservisten benötigt werden oder die sogar völlig gegen den Bedarf auf die Welt gekommen sind?

Jochen Eser

Termine

... im Roten Laden:

Die Linke.Jugend Reinickendorf lädt ein zu einem **Kuba-Abend** mit Diskussion, Musik und Getränken, am Freitag, 13. April, ab 19 Uhr

Wohin geht Lateinamerika? - Volksbewegungen gegen Neoliberalismus Tegeler Dialoge zur Demokratie von Helle Panke e.V., Donnerstag, 26. April, 19 Uhr; Referent: Achim Wahl; Moderation: Dr. Klaus Gloede; Eintritt: 1,50 Euro



Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linke.pds-berlin.de